

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Ist es wahr?

Das schmerzhafteste Ereignis des preussischen Wahllampfes ist vom freirechtlichen Standpunkt aus bisher das freirechtliche Wahlkompromiß in Ober- und Nieder-Preußen zu sein; hier rettete der Freisinn den Wahlrechtlosen zwei Mandate, während er selbst zum Lohn für sein altes ein Mandat zugewilligt erhielt. Als einziger blieb nur die Vorauslegung übrig, daß es in Preußen nur einen Einzelfall gehandelt habe, der sich sonst im Wahlkampf nicht wiederholte. So gewiß es ist, daß die freirechtliche Volkspartei rechtswidrigen Parteien mindestens ein Dutzend Mandate verschaffen hat, die für die Liste genommen werden konnten, mußte dieser an sich sehr bedauerliche Ausgang doch auch die falsche Taktik der freirechtlichen „Führer“ genaugenommen werden.

Es ist leider so aus, als ob die Mannheimer Vorgänge nicht bezeugt geblieben seien. Es liegt uns eine Mitteilung aus Flensburg vor, wonach auch dortigen Wahlkreise nur noch schimmere „Nachhandeln“ freirechtlicher und Agrarier abgeschlossen worden. Da auch in der „Rieser Ag.“ und anderen liberalen Kreisen, die mit der Nordmark engere Fühlung hatten, der flensburger Handel bestätigt wird, so ist es unumgänglich, ihn genauer einzugehen.

Der Wahlkampf mußte es überlassen, daß der Wahlkreis der freirechtlichen Partei, Dr. D. u. S. sei. Er wurde mit 206 Stimmen gewählt, während für den bisherigen Vertreter der Wahlkreise, den nationalliberalen Professor Metzger, nur 115 Stimmen abgegeben wurden. Den Urwahlen waren 128 Konervative, 117 Nationaldemokraten, 85 Freirechtliche und 61 Sozialdemokraten zu Wahlberechtigten gezählt und hatten einen freirechtlichen Vertreter abgegeben, wonach die Agrarier sich verpflichtet, im heutigen Zuge im ersten Wahlgange für den freirechtlichen Kandidaten Dr. D. u. S. einzutreten, falls die Freirechtlichen sich bereit erklären, bei der nächsten Reichstagswahl dem liberalen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Dieser Pakt ist zwischen Freirechtlichen und Agrariern abgeschlossen und heute zur Geltung gekommen, ihm verbandt Dr. D. u. S. seine Wahl.

Die „Rieser Zeitung“, die sich sonst ängstlich davor hält, die Agrarier freirechtliche Parteimitglieder zu nennen, hat in Flensburger Kreis doch nicht hineingekommen. Sie bemerkt über den Vorgang mit folgenden Bemerkungen: „So schwer es uns fällt zu glauben, daß die Führer der Freirechtlichen in Flensburg einen Vertrag mit den Konserverativen abgeschlossen haben, ohne der Provinzialen Parteileitung davon Mitteilung zu machen, so suchen wir doch, daß wir nicht gieren in dem Vertrauen auf die torrette Haltung der Freirechtlichen. Sie barzten die Stimmen der Konserverativen Wahlmänner nicht durch das Verprechen erkaufen, dem konserverativ-agrarischen Kandidaten bei der Reichstagswahl die Freirechtlichen Stimmen zuzuführen, falls die Freirechtlichen dem beschlossenen Pakt nicht die M. d. A. t. haben.“ Wenn die Freirechtlichen agrarisch wählen, werden sie sich eher nach links und rechts teilen. Der Pakt, wenn er wirklich

geschlossen sein sollte, wird den Konserverativen nicht viel helfen, wohl aber den Sozialdemokraten.“

Zum Schluss fordert das Blatt eine öffentliche Erklärung des Vorstandes des freirechtlichen Vereins in Flensburg über den angeblichen Abschluß eines schriftlich formulierten „Handels“ mit den Agrariern. Wir schließen uns dieser Forderung an. Ist es wahr, daß der freirechtliche Verein einen solchen Vertrag abgeschlossen hat? Ist dieser Vertrag mit Zustimmung der freirechtlichen Parteileitung vereinbart worden? Und wenn die freirechtliche Parteileitung behauptet worden? Und wenn die flensburger Handel nichts gewagt zu haben, ist es bereit, das Verhalten des flensburger Vereins zu missbilligen, seine Abmachungen als ungültig und als einen Verstoß gegen die freirechtlichen Grundsätze zu bezeichnen? Auf diese Fragen gebot eine kluge und klare Antwort, wenn die freirechtliche Volkspartei nicht den letzten Rest von Reputation im Lande verlieren soll.

Man könnte die freirechtliche Taktik in Flensburg damit zu entschuldigen suchen, daß eben auf diese Weise dem Freisinn ein Mandat gewonnen worden sei, das sonst den Nationalliberalen zugefallen wäre. Wenn die Agrarier den freirechtlichen Kandidaten den nationalliberalen vorgezogen, so kann es uns natürlich nur recht sein. Aber das trifft doch nur für den Fall einer selbstlosen Wahlhilfe der Agrarier zu. Zu keinem Fall durfte der Freisinn Verpflichtungen für die nächsten Reichstagswahlen übernehmen.

Die flensburger Abmachung wäre um so standalöser, als bisher die Agrarier in Abrede-Flensburg überhaupt keine Rolle bei den Reichstagswahlen gespielt haben. In der Spitze standen bei den Wahlen im Januar 1907 die Nationalliberalen mit fast 7000 Stimmen, dann kam der Sozialdemokrat mit mehr als 6000 Stimmen, dann der freirechtliche mit fast 5000 Stimmen, und auch dann kam der agrarisch-agrarische Kandidat mit etwas über 2000 Stimmen noch immer nicht, sondern vor ihm rangiert noch der dänische Kandidat mit mehr als 3000 Stimmen. Die agrarische Partei, die in diesem Wahlkreise bisher überhaupt nichts zu tun hatte, mit freirechtlicher Unterstützung in die Höhe bringen zu wollen, das ist so lächerlich und so lächerlich zugleich, daß man immer wieder zweifeln muß, ob wirklich die freirechtliche Volkspartei ein so ungläubliches Verprechen gegeben haben kann.

Vom republikanischen Parteikonvent.

(Rebel-Telegramm unseres Korrespondenten.)

Der Nationalkonvent in Chicago beschäftigt sich gestern nachmittag mit der Prüfung der Vollmachten des Nationalkomitees, die in Ordnung befanden wurden. Auch die vom Nationalkomitee vorgelegte Liste der Delegierten wurde genehmigt. Der erwählte Mitgliedschaftsbericht wogten 110 befreitete Mandate wurde nicht erstattet. Das Hauptereignis der Sitzung war eine von dem künftigen Redner, Senator Lodge aus Massachusetts gehaltene große Rede. Es war erwartet worden, daß Lodge, der als persönlicher Freund Roosevelt's bekannt ist, die Erfolge der Präsidentschaft Roosevelt's mit großer Begeisterung rühmend werde. Der Eindruck, den sein Lob Roosevelt's auf die Versammlung machte, war aber über alles Erwartetes. Bei der Nennung seines Namens erhob sich ein Begeisterungsruf und seinen Namen, der alles, was bisher in den Annalen der Parteikonvente an ähnlichen Kundgebungen vermerkt ist, weitestens der zeitlichen Dauer nach in den Schatten stellte. Eine Dreizehnerstunde lang setzten sich die lauten Beifallsbräusen zugunsten Roosevelt's ununterbrochen fort. Selbst diejenigen Politiker, die bisher die Ernennung Roosevelt's für eine Nomination Roosevelt's für leere Mutmaßungen hielten, sind nun der Meinung, daß die Wahrscheinlichkeit, der allseitigen Zustimmung der Versammlung nicht grundlos ist. Die Anrede, welche die bisherigen Verbündeten Roosevelt's ausgesprochen, wird daher, sobald die Nomination auf die Tagesordnung kommt, der größten Spannung weiden. Man glaubt aber, daß die Nomination sich noch vollziehen und der Konvent vielleicht noch heute abend geschlossen werden kann. Bemerkenswert ist, daß Roosevelt's nodmalig durch Lodge erklärt ließ, er wolle unter keinen Umständen abermals nominiert werden.

Die Frage, wer die meisten Stimmen hat, als Kandidat der Republikaner für die

Präsidentenwahl.

nominiert zu werden, ist noch völlig ungeklärt. Augenblicklich macht sich eine starke Stimmung zugunsten des Gouverneurs des Staates Ohio, W. H. Taft, geltend, eines Kandidaten, der bisher nicht in Betracht kommen gelassen hat.

Sinter den Aufrufen wird febrhaft gearbeitet. Das Nationalkomitee beruht die Lage des Konvents auf dazu, um den erfolgreichen Gang der Parteialtkline für die Zeit nach der Nomination, die eigentliche Wahlkampagne, zu sichern. Sehr interessante Verhandlungen haben gestern mit dem Präsidenten der American Federation of Labor, Samuel Gompers stattgefunden. Dieser legte dem Nationalkomitee die endgültigen

Forderungen der Arbeiterpartei.

anseinander. Davon, wie weit diese Forderungen in der heute vom Konvent zu beschließenden definitiven Gestalt des Parteiprogramms berücksichtigt werden, wird es abhängen, welche Wahlparole Gompers für die Bundesversammlung ausgeben wird, die seinen Wählern zu legen bereit sind. Gompers braucht nicht die Drohung aus, daß die Arbeiter zu den Demokraten übergehen würden. Aber er möchte den Nationalkomitee aufzufordern, daß die Republikaner die Gefahr einer inneren Revolution heraufbeschwören, wenn sie die Gewerksvereine der Arbeiter in derselben Art behandeln werden wie die „verbrecherischen Trusts“. „Wir begehren keineswegs“, sagte er,

Die Wiener Hochschulstreik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Das Gerücht von der Demission des Unterrichtsministers wird demontiert. Unter diesen Umständen ist die Wiederherstellung des Friedens an den Universitäten in kurzer Zeit zu erwarten. Auch die meisten Professoren der Wiener Universität sprechen sich im Interesse des Friedens an den Hochschulen für den sofortigen Schluss des Sommersemesters aus, wobei das Semester für die Studenten angerechnet werden soll. Nur

Die Wiener Hochschulstreik.

sagen: Das sei für München selbstverständlich gewesen, weil es ja eine Kunststadt sei.

Es würde nicht lohnen, darüber zu reden, wenn nicht eine solche durchaus falsche Meinung verbreitet würde, daß die Bedeutung der Ausstellung und das hohe Verbleist ihrer künstlerischen Leiter richtig erkannt werden.

Ich denke natürlich nicht daran, zu leugnen, daß in München eine große Zahl unserer besten künstlerischen Kräfte wirken, eine mindestens ebenso große, vielleicht größere als in irgend einer deutschen Stadt. In diesem Sinne ist es heute ein Jahrhundert Kunststadt gewesen und ist es bis heute geblieben, und hat es nach meiner Empfindung niemals einen Niedergang gekannt. Man würde das aber besser Künstlerstadt nennen. Aber, wenn man ganz präzis den Sachverhalt bezeichnen will, am besten, sagen: In München ist eine große Künstlerstadt.

Dann ist auch gleich gesagt, daß die Verbindung zwischen dem Künstler-München und dem Bürger-München eine sehr, aber auch sehr lose war. „In München wird Kunst nur für den Export fabriziert“, sagte Knabach in bitteren Stunden. Und von einem Einfluß der Kunst auf die Gestaltung des Lebens kann schon gar nicht die Rede sein. Hochstens könnte man die unglückliche Hebertragung des Arbeiterkrisis auf das Gaus, die zu der „Hüttler“-Einrichtung führte, aber wahrhaftig nicht rühmend, erwähnen.

Also gar nichts ist „selbstverständlich“. Wie denn irgendwie besondere Leistungen überhaupt niemals selbstverständlich sind, sondern immer das Resultat besonderer Arbeit und besonderer Bedingungen.

Auch als vor zehn Jahren in München die Bewegung begann, deren Programm die Anwendung der Kunst für das Leben war, eine Bewegung, in der von Anfang an Richard Niemcewicz eine führende Rolle spielte, gingen die Pflichten und Bürger der Stadt wahrhaftig nicht einfach mit. Wie die hohe, so fand auch die angewandte Kunst der Münchner Künstler ihre Freunde und Käufer eher in anderen Städten.

Ganz langsam vollzog sich die Wandlung. Die sie herbeiführten, waren in erster Reihe die Baufürker, und unter

Eine Geschmacksausstellung.

(Nachdruck verboten.)

Fritz Stahl, München, im Juni.

Wenn der Bericht über eine Ausstellung mehr sein soll als die beschreibende Aufzählung dieser und jener Einzelheiten, so muß es diesem und jenem Grunde dem Betrachter aufgefallen sein, so muß er berichten, daß zu sehen und darzustellen, was diese Ausstellung von allen anderen unterscheidet. Nur eine Ausstellung, die eine solche Besonderheit ist, ist wirklich bedeutend, und die Bedeutung ist um so höher, je stärker das Besondere vorschlägt. Es ist also das Besondere, was die Ausstellung auszeichnet: sie ist eine Ausstellung mit einem Schlagwort zu kennzeichnen: Geschmacksausstellung. Damit ist zugleich der Standpunkt der Ausstellung festgelegt: sie ist eine Ausstellung, von dem aus sie betrachtet und beurteilt werden muß. Die Ausstellung konnte, wenn es sich auf das beschränkt hätte, in der Stadt erzeugt wird, keine andere Ausstellung mehr als lokalere Bedeutung schaffen. Es ist als Gemeinwesen natürlich, es treibt Industrie und Handel, es befriedigt gewisse Lebensbedürfnisse, aber das alles erreicht nur gerade das, was es da, was andere Großstädte leisten, und nicht vielen Gebieten weit dahinter zurück. Es ist wieder bezeichnend, noch unvollständig. Und es wäre kaum jemand, herbeizuführen, um eine Ausstellung zu sehen, die nichts anderes gab als einen solchen Lebensstil.

Es blieb also nichts anderes übrig, als den Reiz, den der Mensch nicht geben konnte, in der Form zu suchen, den Menschen zu dem eigentlichen Ausstellungsgenuss zu bringen, die Kunst in den Dienst des Lebens zu stellen. Die Münchner behaupten gern, das ist ja für ihre Stadt selbstverständlich gewesen. Das heißt, wenn ich sage: die Ausstellung, so meinen sie, ist die würdige, die überhaupt sehr wenig sagen, sondern die mündenerisch gewordenen Vorbedingungen, die hier wie sonst in der Welt, ausgenommen natürlich ihre Heimat, die eigentlichen Lokalpatrioten stellen, das ist etwas schmeimige Lobrederei über. Diese alle

aber nicht ebenso stark sind wie in anderen Städten. Es